Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder“

COM(2012) 196 final

(2012/C 351/15)

Berichterstatter: **Antonio LONGO**

Die Europäische Kommission beschloss am 2. Mai 2012, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 114 AEUV um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

„Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder“

COM(2012) 196 final.

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft nahm ihre Stellungnahme am 6. September 2012 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 483. Plenartagung am 18./19. September 2012 (Sitzung vom 18. September) mit 134 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss nimmt die Mitteilung der Kommission zur Kenntnis, die die Umsetzung einer der Verpflichtungen der EU-Agenda für die Rechte des Kindes (Aktion 9) anstrebt, nämlich die Gefahrenprävention auszuweiten und die Kinder bei der Internet-Nutzung stärker zur Eigenverantwortung und Mithilfe zu erziehen im Sinne einer positiven Sichtweise des Internet als ein Ort, der den Kindern "Chancen bietet, der es ihnen erleichtert, Zugang zu Wissen zu erlangen, zu kommunizieren, ihre Kompetenzen zu entwickeln und ihre Berufsaussichten und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern" ⁽¹⁾.

1.2 Ein wichtiger Aspekt der Mitteilung betrifft die **Verpflichtung, neue Kompetenzen auf hohem Niveau** in den Bereichen Sicherheit, Qualität der Inhalte und neue Anwendungen **zu entwickeln**. Dies ist wichtig, da der europäische Markt nicht groß genug ist, um ausreichende Investitionen zu mobilisieren.

1.3 Die Mitteilung **entwirft eine Gesamtstrategie**, in der sämtliche Akteure zur Mitwirkung an der Schaffung dieses **"neuen Ökosystems"** aufgefordert werden. Dieses System wird für die kommenden Jahrzehnte grundlegend sein und verdient daher auch eine entsprechende Berücksichtigung.

1.4 Der EWSA weist jedoch auch auf heikle Punkte und Mängel hin und fordert die Kommission diesbezüglich auf, einige Punkte zu korrigieren und neue Vorschläge in die Strategie aufzunehmen.

Der EWSA hat vor allem grundlegende Bedenken gegen den allgemeinen Ansatz der Mitteilung, wo das **Wachstum der**

Branche wichtiger zu sein scheint als die Schaffung eines besseren Internet für Kinder, das diesen den bestmöglichen Schutz bietet.

1.5 Der EWSA ist der Überzeugung, dass **in erster Linie ein kohärenter Rahmen aus Schutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen für Minderjährige** notwendig ist, d.h. Leitlinien für sämtliche Beteiligten festgelegt werden müssen. Aus dieser Sicht ist die Mitteilung nicht konkret und detailliert genug.

1.6 Ein weiterer heikler Punkt betrifft die **Wirksamkeit der Selbstregulierung**. Der Ausschuss ist der festen Überzeugung, dass zu den **wichtigsten Fragen**, z.B. dem Schutz personenbezogener Daten, der Wahrung der Privatsphäre und der Bekämpfung der Kinderpornografie, **klare und strenge Regeln** festgelegt und angemessene Sanktionen verhängt werden müssen, die bis hin zur sofortigen Schließung der Websites und zum Widerruf der Genehmigungen reichen können.

1.7 Ein besonderes Augenmerk muss auf die **Online-Werbung** gerichtet werden ⁽²⁾. Die Kommission erkennt zwar die Schutzbedürftigkeit der Kinder an, geht aber nur allgemeine Verpflichtungen ein. Der EWSA hält diese Strategie für vage und unzureichend und fordert konkretere und verbindlichere Auflagen für sämtliche Akteure der Branche.

1.8 Der Ausschuss stellt außerdem fest, dass jeglicher Verweis auf die **Nahrungsmittelwerbung** fehlt, die Anlass zu ernster Sorge bezüglich Problemen wie Fettleibigkeit und Essstörungen gibt. Der EWSA hofft, dass die Kommission ihre Ankündigung konsequent umsetzt und dafür sorgt, dass "für die Werbung auf Websites für Kinder Normen gelten, die ein Schutzniveau gewährleisten, das mit dem bei der Werbung in audiovisuellen Diensten vergleichbar ist".

⁽¹⁾ EWSA-Stellungnahme zum Thema "Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internet", ABl. C 224 vom 30.8.2008, S. 61; EWSA-Stellungnahme zum Thema "Die Auswirkungen von sozialen Netzwerken im Internet auf Bürger und Verbraucher", ABl. C 128 vom 18.5.2010, S. 69.

⁽²⁾ EWSA-Stellungnahme zum Thema "Ein Rechtsrahmen für an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung" (Siehe Seite 6 dieses Amtsblatts).

1.9 Der EWSA hat nichts gegen die Gründung öffentlich-privater Partnerschaften zur Entwicklung hochwertiger Inhalte einzuwenden, solange die Freiheit und Unabhängigkeit der NGO sichergestellt wird und die Partnerschaften von den Unternehmen nicht zu Werbezwecken genutzt werden.

1.10 In Bezug auf die **Einbeziehung der Minderjährigen in die Schaffung neuer hochwertiger Inhalte** begrüßt der EWSA jegliche Maßnahme, die die Kreativität junger Menschen fördert, hat aber ernste Vorbehalte gegen den vorwiegend kommerziellen Ansatz der Maßnahmen, bei dem die Schutzmaßnahmen an zweiter Stelle stehen.

1.11 Der Ausschuss teilt die **Besorgnis über die Cyberkriminalität** wie Kinderpornografie oder "Grooming" und begrüßt das Vorhaben der Kommission, die Hotlines auszubauen und erfolgreiche EU-Programme wie "Safer Internet" fortzuführen.

1.12 Es müssen mehr **präventive Maßnahmen gegen einige Aspekte der Internet-Nutzung mit betrügerischer Absicht** im Bereich der auf Mobiltelefone oder Tablet-Computer herunterladbaren Inhalte (etwa Klingeltöne oder Apps) ergriffen werden, indem strengere EU-Normen eingeführt und die nationalen Regulierungsbehörden an ihre Verantwortung erinnert werden.

1.13 In Bezug auf den **Schutz personenbezogener Daten** hat der EWSA bereits in mehreren Stellungnahmen seine Bedenken und Forderungen zu diesem heiklen Thema zum Ausdruck gebracht⁽³⁾ und fordert strengere Regeln, nicht nur für europäische Unternehmen, sondern auch für alle anderen Akteure des europäischen Marktes.

1.14 Zudem stellt der EWSA fest, dass in der Mitteilung jeglicher Hinweis und jegliche Maßnahme bezüglich der **Gefahren für die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder, v.a. Suchtgefahren**, fehlen. Der EWSA würde es begrüßen, wenn zu diesem wichtigen Punkt Maßnahmen in die Strategie aufgenommen oder ein neues Dokument hierzu ausgearbeitet würde.

1.15 Schließlich fordert der EWSA die Kommission auf, die Beziehung der Kinder zum Internet kontinuierlich, umfassend und tiefgreifend zu überwachen, da diese Daten die Grundlage für jegliche Handlungsinitiative bilden⁽⁴⁾.

2. Inhalt der Mitteilung

2.1 Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 28. November 2011 zum Schutz der Kinder in der digitalen Welt ist die Schaffung eines besseren Internet für Kinder nur durch eine **Kombination verschiedener Maßnahmen** auf europäischer, nationaler und sektoraler Ebene möglich, die sich in eine Gesamtstrategie einreihen, welche grundlegende Anforderungen vorgibt und eine Fragmentierung verhindert.

2.2 Die Kommission ist der Auffassung, dass Regulierungsmaßnahmen weiterhin eine Option darstellen, dass man aber der Selbstregulierung der Akteure sowie den Erziehungs- und

Befähigungsmaßnahmen zur Internet-Nutzung Vorrang einräumen sollte.

2.3 Die Kommission beginnt ihre Untersuchung mit den sogenannten "gegenwärtigen Lücken und Problemen": die Marktfragmentierung, das Marktversagen bei der europaweiten Gewährleistung von Schutzmaßnahmen und hochwertigen Inhalten, die Schwierigkeiten des Risikomanagements zur Stärkung des Vertrauens und die Feststellung, dass Kinder mangelnde digitale Kenntnisse, ja sogar ein regelrechtes Defizit in diesem Bereich aufweisen.

2.4 In der Mitteilung werden eine Reihe von Leitlinien vorgeschlagen, die der Kommission, den Mitgliedstaaten und der Branche über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg eine Richtung vorgeben soll gemäß einer Gesamtstrategie, die auf **vier "Hauptpfeilern" beruht, die sich gegenseitig verstärken:**

— **Förderung hochwertiger Online-Inhalte für junge Leute**

— **verstärkte Sensibilisierung und Befähigung**

— **Schaffung eines sicheren Online-Umfelds für Kinder**

— **Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern**

2.5 Das Endziel der erheblichen, wegweisenden Anstrengungen, zu denen die Kommission die EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten und die Dienste- und Inhaltenanbieter aufruft, ist die Schaffung eines "neuen Ökosystems" mittels des folgenden 10-Punkte-Programms:

— Produktion kreativer und edukativer Online-Inhalte

— Förderung positiver Erfahrungen

— Vermittlung von digitalen Fähigkeiten und Medienkompetenz sowie Unterrichtung der Online-Sicherheit in Schulen

— Sensibilisierung und Mitwirkung der Jugend

— einfache und belastbare Instrumente zur Meldung schädlicher Inhalte

— altersgerechte Datenschutzeinstellungen

— Verbreitung und Zuverlässigkeit elterlicher Kontrollmöglichkeiten

— Nutzung von Inhaltsklassifizierungssystemen (PEGI-Einstufungssystem)

— Online-Werbung und Ausgabenkontrolle (Klingeltöne für Mobiltelefone usw.), Online-Glücksspiele

— Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung (Online-Material, internationale Zusammenarbeit usw.)

⁽³⁾ EWSA-Stellungnahme zur "Daten-Grundschutzverordnung", ABl. C 229 vom 31.7.2012, S. 90.

⁽⁴⁾ Die EUROSTAT-Statistiken gehen auf das Jahr 2009 zurück, es sind jedoch aktuellere Untersuchungen auf nationaler Ebene in den unterschiedlichen Ländern verfügbar. Von Bedeutung ist die Untersuchung "EU Kids Online", die seit 2006 im Rahmen des Programms "Safer Internet" durchgeführt wird und nun bereits bei Bericht III 2011-2014 mit Daten über insgesamt 33 Länder angeht.

3. Allgemeine Bemerkungen

a) Begrüßenswerte Aspekte

3.1 Mit großem Interesse nimmt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss diese Mitteilung zur Kenntnis, die ihre Rechtsgrundlage im Wesentlichen in Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags von Lissabon findet, in dem explizit die Förderung des Schutzes der Rechte des Kindes (siehe auch Art. 24 der EU-Grundrechtecharta) verankert ist.

3.2 Außerdem verkörpert es eine der in der EU-Agenda für die Rechte des Kindes⁽⁵⁾ formulierten Verpflichtungen der Kommission (Aktion 9), die Mitgliedstaaten und sonstigen Akteure dabei zu unterstützen, "noch mehr vorbeugende Maßnahmen zu treffen, Kinder noch stärker zu Eigenverantwortung und Mithilfe zu erziehen, damit sie Online-Technologien bestmöglich nutzen können, und sie vor Cyber-Bullying, schädlichen Inhalten und sonstigen Online-Gefahren zu schützen."

3.3 Zu begrüßen ist auch der allgemeine Ansatz einer positiven Sichtweise des Internet, das als ein Ort angesehen wird, der den Kindern "Chancen bietet, der es ihnen erleichtert, Zugang zu Wissen zu erlangen, zu kommunizieren, ihre Kompetenzen zu entwickeln und ihre Berufsaussichten und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern⁽⁶⁾".

3.4 Das Internet wird demnach als eine große Chance betrachtet, für deren Nutzung aber ein gewisses Maß an Fähigkeiten, Problembewusstsein und Informationen notwendig ist, um Schwierigkeiten und Gefahren zu umgehen. "Im Netz surfen" ist eine treffende und bedeutungsvolle Metapher, da das Internet als natürliches, physiologisches, nichtpathologisches Umfeld betrachtet wird, als ein "Meer", in dem man lernen muss, wie man sich am besten bewegt, um die Möglichkeiten und Reichtümer voll auszuschöpfen, und in dem man bestimmte Verhaltensregeln beachten und sich vor Gefahren in Acht nehmen muss.

3.5 **Der EWSA begrüßt die Entscheidung der Kommission, die Koordinierung der einzelstaatlichen Maßnahmen** zu einem Thema zu übernehmen, das in einer sich wandelnden Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt.

3.6 **Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Möglichkeit, neue Kompetenzen auf hohem Niveau** in den Bereichen Sicherheit, Qualität der Inhalte und neue Anwendungen **zu entwickeln**.

3.7 Dies ist eine wichtige Entscheidung, da sich der Markt in Europa noch schwertut, die entsprechenden finanziellen Mittel für die Bereitstellung hochwertiger Inhalte zu binden, und der europäische Markt nicht groß genug ist, um ausreichende Investitionen zu mobilisieren.

3.8 **Gleichzeitig muss man gegen das verbreitete Kompetenzdefizit unter europäischen Kindern vorgehen**, die zwar zur "digitalen Generation" gehören, aber von sich behaupten, nicht über die notwendigen Computerkenntnisse zu verfügen, um ausreichend für den Arbeitsmarkteintritt qualifiziert zu sein.

3.9 Schließlich ist der Mitteilung auch deshalb die gebührende Aufmerksamkeit zu zollen, weil sie eine **Strategie ent-**

wirft, bei der sämtliche Akteure in die Schaffung dieses für die kommenden Jahrzehnte grundlegenden **"neuen Ökosystems"** einbezogen werden.

b) Heikle Punkte und Mängel

3.10 Der EWSA hat jedoch grundlegende Bedenken gegen den allgemeinen Ansatz der Mitteilung und weist auf Mängel bei einigen spezifischen Punkten hin.

Bereits in den ersten Zeilen der Mitteilung wird klar, dass darin **das Wachstum der Branche vorrangiges Ziel** bzw. der Schaffung eines besseren Internet für Kinder, das diesen den bestmöglichen Schutz bietet, bestenfalls gleichrangig ist.

3.11 Die Kommission führt diesen Gedanken im Übrigen in Punkt 1.1 unumwunden aus: "Die Beachtung der Wünsche und Anforderungen der Kinder eröffnet vielfältige Geschäftsmöglichkeiten". Gleiches gilt für Punkt 1.2 über die "gegenwärtigen Lücken und Probleme", in dem die Sorge um die "Marktfragmentierung" und das "Marktversagen" im Vordergrund steht und erst danach das "Risikomanagement zur Stärkung des Vertrauens" und die "mangelnden Kenntnisse" der Kinder und Jugendlichen zur Sprache gebracht werden.

3.12 Der Ausschuss stimmt der Kommission in ihrer Aussage zu, dass in den vergangenen Jahren ein kohärenter Rahmen fehlte und Maßnahmen mit allzu spezifischen Zielen ergriffen wurden, von Medienkanälen bis hin zu technologischen Plattformen. Es war demnach eine entscheidende Wende erforderlich, um einen digitalen Binnenmarkt von ansehnlicher Größe zu schaffen, der auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig ist.

Insbesondere in diesem letzten Punkt hat sich der EWSA bereits in mehreren Stellungnahmen positiv zum Vorgehen der Kommission geäußert.

3.13 Aber es war und ist noch weitaus wichtiger, **einen kohärenten Rahmen aus Schutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen für Kinder** festzulegen, d.h. Leitlinien für sämtliche Beteiligten auszuarbeiten, von den Mitgliedstaaten über die Aufsichtsbehörden und -einrichtungen bis hin zu den Unternehmen, Schulen und Familien. Aus dieser Sicht ist die Mitteilung eine verpasste Chance.

3.14 Ein weiterer heikler Punkt betrifft die **Wirksamkeit der Selbstregulierung**. Die Entscheidung für ein Instrument (Gesetze, Verordnungen, Kontrollen oder Selbstregulierung) zur Vorbeugung und Bekämpfung potenziell für die psychologische Entwicklung des Kindes schädlicher Online-Inhalte oder gar sozialer oder krimineller Inhalte muss auf der Grundlage des Alters der Kinder, des Kontextes und der Wirksamkeit des jeweiligen Instruments getroffen werden, da jedes Instrument auf seine Art nützlich und wirksam sein kann⁽⁷⁾.

3.15 Aufgrund der globalen Reichweite des Internet ist es einfach, Websites in Ländern anzulegen, die nicht den europäischen Rechtsvorschriften unterliegen, oder sie dorthin zu verlagern. Die Selbstregulierung könnte die wirksamste und

⁽⁵⁾ COM(2011) 60 final vom 15. Februar 2011.

⁽⁶⁾ Hauptprioritäten der IKT-Kompetenz-Strategie der EU "IKT-Kompetenzen für das 21. Jahrhundert", COM(2007) 496.

⁽⁷⁾ EWSA-Stellungnahme zum Thema "Proaktives Recht: ein weiterer Schritt zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene", ABL C 175 vom 28.7.2009, S. 26).

schnellste Art zu handeln sein, bis ein internationales Übereinkommen getroffen wurde. In Erwartung einer Regelung wäre sie als eine vorübergehende Lösung denkbar. Es steht jedoch außer Frage, dass sich die Selbstregulierung oftmals als Mogelpackung erweist und von denselben Unternehmen missachtet wird, die sie eingeführt haben. Daher wäre es angebracht, die Selbstregulierung durch regelmäßige Kontrollen und Sanktionen zu stärken, welche den nationalen Regulierungsbehörden obliegen könnten.

3.16 Der Ausschuss ist der festen Überzeugung, dass zu den **wichtigsten Fragen**, z.B. dem Schutz personenbezogener Daten, der Wahrung der Privatsphäre und der Bekämpfung illegaler kinderpornografischer Inhalte, **klare und strenge Regeln** festgelegt und angemessene Sanktionen verhängt werden müssen, die bis hin zur sofortigen Schließung der Websites und dem Widerruf der Genehmigungen reichen können.

3.17 Ein besonderes Augenmerk muss auf die **Online-Werbung** gerichtet werden. Wie die Kommission in Punkt 2.3.4 selbst anerkennt, haben "Kinder [...] noch nicht die Fähigkeit erworben, sich kritisch mit Werbebotschaften auseinanderzusetzen". Als Beispiele nennt sie Online-Käufe, Online-Glücksspiele oder Klingeltöne für Mobiltelefone, die allesamt "hohe Kosten verursachen" können. Doch dann geht die Kommission nur allgemeine Verpflichtungen ein: mehr Kontrollen bei der Beachtung der EU-Vorschriften, Bewertungen der Wirksamkeit der Selbstregulierungs-Standards, ausführlichere Behandlung in der Verbraucheragenda usw.

Der EWSA hält diese Strategie für vage und unzureichend und fordert konkretere und verbindlichere Auflagen für sämtliche Akteure der Branche.

3.18 Zu diesem Punkt stellt der Ausschuss außerdem fest, dass jeglicher Verweis auf die Nahrungsmittelwerbung fehlt, die Anlass zu ernster Sorge bezüglich Problemen wie Fettleibigkeit und Essstörungen gibt.

4. Besondere Bemerkungen

a) Hochwertige Inhalte, Kompetenzen und Schule

4.1 Der EWSA teilt die Auffassung, dass es in den Schulen an gutem Online-Lehrmaterial fehlt, und hat grundsätzlich nichts einzuwenden gegen die Gründung öffentlich-privater Partnerschaften unter Einbeziehung der Eltern, der Lehrkräfte und von NGO, die sich für den Schutz von Minderjährigen und die Förderung ihrer Rechte einsetzen, solange die Freiheit und Unabhängigkeit dieser NGO sichergestellt wird und die Partnerschaften von den Unternehmen nicht zu Werbezwecken genutzt werden.

4.1.1 Es ist wichtig, die derzeit in vielen Ländern laufenden, zahlreichen Experimente möglichst weit zu verbreiten, z.B. die interaktive Erstellung von Lehrbüchern nach der "Wiki-Methode" ⁽⁸⁾, die Gründung virtueller Schulgemeinschaften zum Austausch von Erfahrungen oder auch die Bereitstellung von Online-Modulen zum selbstständigen Fernunterricht.

4.1.2 In Bezug auf die Einbeziehung der Minderjährigen in die Schaffung neuer hochwertiger Inhalte begrüßt der EWSA jegliche Maßnahme, die die Kreativität der Jugendlichen fördert,

⁽⁸⁾ Die "Wiki-Methode" bezieht sich auf die Modalitäten der Erstellung von Wikipedia, einer kostenlos im Internet abrufbaren, digitalen Enzyklopädie, die das Ergebnis der Zusammenarbeit tausender freiwilliger Experten ist.

da er sich bewusst ist, dass ihnen einige der größten Innovationen der vergangenen Jahre zu verdanken sind, von Google über Facebook bis hin zu den Apple-Anwendungen. Er ist jedoch besorgt über die in mehreren Punkten der Strategie mehr oder weniger deutlich hervortretende Tendenz der Kommission, die zu unterstützenden Maßnahmen vorwiegend unter einem kommerziellen Blickwinkel zu betrachten und die Schutzmaßnahmen fast als nebensächlich zu behandeln.

4.1.3 Es wäre sinnvoll, in die Erstellung hochwertiger edukativer und interaktiver Inhalte für Kinder hochrangige Expertengruppen einzubeziehen (Entwicklungspsychologen, Erziehungswissenschaftler usw.), damit diese das für die einzelnen Altersgruppen am besten geeignete Material und die ggf. auszulösenden Entwicklungsprozesse empfehlen, kurze Veröffentlichungen für Lehrkräfte und Eltern vorbereiten und bei der Alterseinstufung für Internetseiten und Videospiele sowie bei der Schaffung von Internetportalen mit hochwertigen anregenden Inhalten mitwirken können.

4.1.4 Die Bemühungen um die Schaffung solcher Inhalte könnten durch Vergünstigungen auf EU-Ebene und Steuererleichterungen auf nationaler Ebene unterstützt werden. Wünschenswert wäre außerdem die Schaffung eines europäischen Programms für hochwertige Inhalte und Anwendungen, das insbesondere die Gründung von Jungunternehmen – bekanntermaßen die Schlüsselakteure der Innovation im Bereich Internet – fördern könnte.

4.1.5 Der EWSA ruft die Kommission bei dieser Gelegenheit dazu auf, ihre Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen über das Webportal EUROPA durch gezielt auf diese Altersgruppen zugeschnittene Inhalte, insbesondere über die Gefahren des Internet, zu verbessern.

b) Ausbau der digitalen Fähigkeiten der Erwachsenen

4.2 In dieser "Übergangszeit", in der es Generationen gibt, die in der digitalen Welt groß geworden sind, aber auch Generationen, die nur zum Teil von der passiven Nutzung (Fernseher, Presse, Kino) zur aktiven Nutzung der Medien übergegangen sind, aber für den Schutz der Minderjährigen vor möglichen Schäden verantwortlich sind, ist die beste Lösung der kontinuierliche Ausbau der digitalen Fähigkeiten der Erwachsenen, insbesondere derer, die für die Erziehung der Minderjährigen zuständig sind, von den Schulen über die Familien bis hin zu den Verbänden. Unsere Kinder dürfen nicht zu "digitalen Waisen" werden, die keine Begleiter an ihrer Seite haben, die sie leiten und ihnen helfen können, Herr über ihre eigenen Entscheidungen zu sein.

4.2.1 In diesem Punkt könnte das Programm der Kommission ausführlicher sein, ebenso wie in dem Abschnitt, in dem es um das Internet als Instrument zur Entwicklung der Kreativität und der Lernfähigkeit geht. Beide Aspekte müssen miteinander verknüpft werden, um den Eltern eine positive Grundeinstellung zu vermitteln ⁽⁹⁾.

c) Verbotene und betrügerische Inhalte

4.3 Die Gefahrenprävention und die Förderung des Internet als Instrument für die Entwicklung des Kindes sind zwei

⁽⁹⁾ EWSA-Stellungnahme zum Thema "Verbesserung der digitalen Kompetenzen, Qualifikationen und Integration", ABl. C 318 vom 29.10.2011, S. 9).

untrennbare Elemente eines einzigen Prozesses, der eine wirksame Prävention gewährleisten soll. Es ist wichtig, ein Gleichgewicht zwischen der natürlichen Neugier des Kindes und den Verbotsschranken zu finden, welche den Weg ins Erwachsenenwerden und in die Selbstständigkeit verzögern oder in falsche Bahnen lenken können.

4.3.1 Um Cyberkriminalität wie Kinderpornografie oder "Grooming" vorzubeugen und Cyber-Bullying zu bekämpfen, müssen Eltern in der Lage sein, die Anzeichen von Bedrücktheit zu deuten. Zu diesem Zweck erscheint es erforderlich, Experten (Entwicklungspsychologen, Kinderneuropsychiatern, Kinderärzten, geschulte psychologische Berater und Allgemeinärzte) in die Vorbereitung von Kursen und die Ausarbeitung von Material für Eltern und Erzieher einzubeziehen.

4.3.2 Außerdem könnte die technische Möglichkeit geprüft werden, ein intuitiv erkennbares grafisches Symbol – das mittels einer entsprechenden Werbekampagne bekannt gemacht werden müsste – mit "Notruf"-Funktion in jeden Browser aufzunehmen, um einen verdächtigen Link in Echtzeit bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde zu melden.

4.3.3 Es müssen auch verstärkt präventive Maßnahmen gegen einige Aspekte der Internet-Nutzung mit betrügerischer Absicht ergriffen werden, von denen in erster Linie Kinder und Jugendliche betroffen sind. Insbesondere im Bereich der auf Mobiltelefone und Tablet-Computer herunterladbaren Inhalte (z.B. Klingeltöne oder Apps) müssen strengere EU-Normen eingeführt und die nationalen Regulierungsbehörden an ihre Verantwortung erinnert werden.

Der EWSA unterstützt die in Punkt 2.3.4 von der Kommission eingegangene Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass "für die Werbung auf Websites für Kinder Normen gelten, die ein Schutzniveau gewährleisten, das mit dem bei der Werbung in audiovisuellen Diensten vergleichbar ist".

4.3.4 Besondere Aufmerksamkeit muss den Kosten der Jugendschutzsoftwares und der Softwares zur Gewährleistung der Computer-Sicherheit (Filter, Antivirus-Programme, elterliche Kontrollmöglichkeiten usw.) zukommen. Es muss vermieden werden, dass sich eine "Risikoschere" öffnet, d.h. dass aufgrund der teuren Software-Programme die finanziell schlechter gestell-

ten Kinder, Familien und Schulen größeren Computergefahren ausgesetzt sind.

4.4 Unabdingbar und von zentraler Bedeutung – wichtiger noch als gegensteuernde Maßnahmen – ist jedoch die Prävention durch die Erziehung in der Familie und der Schule. Die Ausbildung der Lehrkräfte muss ausgeweitet und die Vermittlung von Internet-Kenntnissen auch in die Lehrpläne aufgenommen werden. Außerdem könnte es sinnvoll sein, eine Art "Benimmregeln" für die Nutzung von Mobiltelefonen und sozialen Netzwerken in Schulen festzulegen und zu verbreiten, mit gemeinsamen Regeln für Schüler, Lehrer und Familien.

d) Schutz personenbezogener Daten

4.5 Zum Schutz personenbezogener Daten hat der EWSA in den vergangenen Jahren in mehreren Stellungnahmen seine Bedenken und Forderungen zum Ausdruck gebracht. Er ist der Auffassung, dass nicht nur europäische Unternehmen, sondern auch alle anderen Akteure des europäischen Marktes künftig strengeren Regeln unterliegen müssen. In Bezug auf die sozialen Netzwerke muss dabei insbesondere gegen die augenscheinlich "vereinfachenden" Maßnahmen von Google und Facebook vorgegangen werden, die in Wirklichkeit eher eine Art "Freifahrtsschein" für die kommerzielle Nutzung der personenbezogenen Daten aus den Profilen der Nutzer sind. Da es sich um Minderjährige handelt, ist in diesen Fällen noch größere Vorsicht geboten⁽¹⁰⁾.

e) Gesundheit und Suchten

4.6 Es fehlt in der Mitteilung jeglicher Hinweis und jegliche Maßnahme bezüglich der Gefahren für die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder, die einen Großteil ihrer Zeit damit verbringen, im Internet zu surfen oder mit unterschiedlichen Datenträgern zu spielen. Zu nennen sind hier etwa Muskel- und Knochenschäden, Haltungsschäden, Augenschäden, Fettleibigkeit, psychische Abhängigkeit⁽¹¹⁾, Neigung zur Isolation und zur Realitätsflucht.

Es wäre wünschenswert, Maßnahmen zu diesem wichtigen Punkt aufzunehmen oder ein Ad-hoc-Dokument hierzu auszuarbeiten sowie regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Die derzeit verfügbaren europäischen Statistiken zu diesem Thema sind überholt, während sich das Phänomen rasch ausbreitet.

Brüssel, den 18. September 2012

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Staffan NILSSON

⁽¹⁰⁾ EWSA-Stellungnahme zur "Daten-Grundschutzverordnung" Abl. C 229 vom 31.7.2012, S. 90; EWSA-Stellungnahme zum Thema "Verantwortlicher Umgang mit sozialen Netzwerken" (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽¹¹⁾ Die Studien zur Internet-Abhängigkeit gehen auf das Jahr 1995 zurück, als die Professorin Kimberly Young in den USA das erste "Zentrum für Internet-Abhängige" gründete (www.netaddiction.com). Wichtige Untersuchungen zu diesem Thema wurden in den vergangenen Jahren in Deutschland, Italien und Tschechien durchgeführt.